

Viele Bürger für einen Plan

Bewohner aus vier Regionen des Landes diskutieren mit, wie das Großherzogtum von morgen aussehen soll

VON DIANE LECORSAIS

Wird man schon gefragt, dann sollte man auch die Gelegenheit nutzen, fanden Alessandro Perrone, Michèle Mannes, Catherine Jost und Emile Grandgenet – und beteiligten sich kurzerhand an der Ausarbeitung des neuen Programme directeur der Landesplanung.

Wie plant man eigentlich ein Land? Nun, das ist in der Tat gar nicht so einfach. Also bat das Ministerium für nachhaltige Entwicklung und Infrastrukturen um die Mithilfe der Bevölkerung. Denn die Bürger sollten mitbestimmen, in welche Richtung sich das Land in Zukunft entwickelt.

600 Bürger, 30 Grenzgänger, 40 Gemeinde- und zehn Ministeriumsvertreter sowie rund 40 Experten haben sich auf den Aufruf der Ministeriums, das neue Programme directeur der Landesplanung gemeinsam zu gestalten, gemeldet. Per Losverfahren wurden rund 350 von ihnen ausgewählt, um ihre Wünsche, Sorgen und Anliegen zum Ausdruck zu bringen – und dem Land so zu einem konkreten Plan zu verhelfen.

Darunter Alessandro Perrone aus Doncols. Erst seit zehn Monaten lebt der gebürtige Italiener im Großherzogtum – was ihn aber nicht davon abhalten sollte, sich zu melden. Im Gegenteil, wie der 56-Jährige, der als Ingénieur-conseil arbeitet, erklärt: „Es war mein Wunsch, mich hier schnellstmöglich zu integrieren.“ Welch besseren Weg könnte es da geben, als gemeinsam mit anderen Bürgern das Land zu planen?

„Es war eine sehr interessante Erfahrung“, sagt Perrone rückblickend. „Die Gruppe war sehr heterogen, genau wie die Sichtweisen der Teilnehmer.“ Während der Workshops seien denn auch die regionalen Unterschiede zum Vorschein gekommen, wie Alessandro Perrone erklärt: „Ich lebe im Norden des Landes, sprich in einer komplett anderen Umgebung als zum Beispiel in Luxemburg-Stadt. Auf der einen Seite gab es gemeinsame Anliegen, etwa die Themen Mobilität und Verkehr. Bei anderen Aspekten, wie zum Beispiel der Wasser- und der Luftqualität, gab es hingegen Unterschiede“, schildert er.



Bevölkerungswachstum und zunehmende Bedürfnisse auf der einen Seite, knappe Ressourcen und begrenzte Fläche auf der anderen: Das Land steht vor vielen Herausforderungen. (FOTOS: P. MATGÉ, R. ARENDT, C. MARTINS, G. JALLAY)

Und fasst zusammen: „Die Herausforderungen sind nicht immer dieselben.“

Konkrete Mängel und Wünsche

Eine Erfahrung, die auch Michèle Mannes aus Ehnen gemacht hat. Sie brachte sich in der Region Osten mit ein – ihr Masterstudium in Landschaftsarchitektur hatte sie dazu bewegt, sich zu bewerben. „Ich fand das Ganze ziemlich interessant. Schade war allerdings, dass ich mit meinen 27 Jahren

praktisch die jüngste Teilnehmerin war“, bedauert sie.

In ihrer Region kamen ebenfalls gebietsspezifische Angelegenheiten zur Sprache. „Ein großes Thema waren die Maisons médicales, weil es eine solche in unserer Region nicht gibt“, berichtet sie. Thematisiert worden seien aber auch Ungleichheiten bei den Infrastrukturen in den verschiedenen Gemeinden, wie sie erzählt. Und, dass der öffentliche Transport noch ausgebaut werden muss:

„Wir haben festgestellt, dass die Dörfer nicht gut miteinander verbunden sind“, so Michèle Mannes.

Auch Catherine Jost hat im Beruf ohnehin mit Urbanismus zu tun. Also wollte sie auch privat mitdiskutieren – und meldete sich für die Zentrumsgruppe. Zwar sei man sich in den Workshops nicht immer einig gewesen, doch seien zahlreiche Gedanken zusammengekommen, wie die 44-Jährige berichtet: „Etwa, dass weniger auf Wachstum gedrückt und stärker

überlegt werden sollte, was für das Land überhaupt tragbar ist.“

Dass die Bürger in die Diskussion zur zukünftigen Landesplanung mit eingebunden wurden, findet sie jedenfalls positiv. „Ich glaube, wir Bürger sind da auch etwas mutiger als die Politiker“, schätzt sie. Nun müsse man natürlich abwarten, was dabei herauskommt. „Es stellt sich die Frage, wie all das umgesetzt werden kann – schließlich handelt es sich beim Programme directeur ja um einen sehr allgemeinen Text.“

Die Sache mit dem Wachstum

Emile Grandgenet aus Schouweiler beteiligte sich an den Workshops der Region Süden. Er kommt eigentlich aus dem IT-Bereich – doch erregte die Aktion auch seine Aufmerksamkeit. „Ich interessiere mich sehr für das Thema Umwelt, habe Kinder und dachte mir, dann kann ich mich auch beteiligen“, erklärt der 60-Jährige. „Schließlich sollte man nicht nur Politiker kritisieren, sondern auch als Bürger Verantwortung übernehmen.“

In seinen Augen das Hauptproblem bei der Landesplanung: „Wir sind einem gewissen Wachstum ausgeliefert, und die damit einhergehenden Probleme werden nur mit Pflastern behandelt, statt geheilt. Das Wachstum müsste kontrolliert werden“, findet er. Wohnen, Verkehr, Umwelt – schließlich hänge alles zusammen.

Die Workshops hätten es ihm erlaubt, viele unterschiedliche Meinungen zu hören – wenngleich es manchmal etwas schwierig gewesen sei, die Diskussion einzugrenzen. „Die Menschen haben die Tendenz, all ihre Sorgen zu thematisieren. Es muss also auch gefiltert werden“, erklärt er. Dennoch ist er mit dem Ablauf zufrieden. „Auch wenn das Schlussresultat nicht unbedingt meine Meinung widerspiegelt, so konnte ich zumindest dazu beitragen.“

Und: „Was mich positiv überrascht hat, war, dass das Ministerium sich der Probleme bereits bewusst ist. Wie man sie löst, ist dann eine andere Frage.“

Alles in allem spricht er nach der Partizipationsphase von einer „einmaligen Erfahrung“ – und von einer Vorgehensweise, die man in Zukunft ausbauen sollte.



Für Alessandro Perrone war die Teilnahme auch ein guter Weg, um sich zu integrieren.



„Ich glaube, wir Bürger sind in solchen Fragen etwas mutiger als die Politiker“, meint Catherine Jost.



Auch als Bürger muss man Verantwortung übernehmen, findet Emile Grandgenet.

„Größtenteils Konsens, wie die Entwicklung gesteuert werden soll“

Ministerium für nachhaltige Entwicklung und Infrastruktur investiert rund 300 000 Euro in den Beteiligungsprozess

Luxemburg. „Studien und Material zur Raumanalyse und -planung gibt es viele. Nicht aber eine Erhebung, wie der Bürger den Raum (er-)lebt“, heißt es beim Ministerium zu den Beweggründen, die Bürger das Land „mitplanen“ zu lassen. Hervorgehoben wird aber, dass der Prozess nicht repräsentativ war, sondern es sich vielmehr um ein Abbild handele. Dennoch sei dieses für die Planer sehr wertvoll.

Bei der Frage, in welche Richtung die Entwicklung gesteuert werden soll, herrsche nämlich größtenteils nationaler Konsens, schlussfolgert man beim Blick auf

das Ergebnis in der Abteilung für Landesplanung des Ministeriums.

Bei den Antworten herauskristallisiert habe sich zum Beispiel der Wunsch, neue, dichte und durchmischte Wohnformen zu fördern, bei denen die Privatsphäre des Einzelnen trotzdem respektiert wird. Größtenteils einig gewesen seien sich die Teilnehmer auch darin, dass lokale Geschäfte benötigt werden, die sanfte Mobilität gefördert und das Naturerbe erhalten werden soll. Und darüber, dass ein Umdenken und eine Reduktion des Verbrauchs notwendig sind, wenn künftig noch mehr Menschen und Akti-

vitäten auf begrenztem Raum unterkommen sollen.

„Dilemma nicht gelöst“

Dem Ministerium zufolge liegt nämlich genau dort der Knackpunkt – und der Schlüssel zur Lösung nicht allein beim Programme directeur. Denn das „Dilemma“, vor dem das Land stehe – mehr Bedürfnisse und mehr Menschen bei geringerem Flächenverbrauch und gleichzeitig mehr soziale Kohäsion – sei nach wie vor nicht gelöst.

Der Partizipationsprozess habe aber auch dazu gedient, den Bürgern das Thema Landesplanung

näherzubringen – und das Bild zu korrigieren, nach dem es zwischen den jeweiligen Regionen Ungleichheiten beziehungsweise Benachteiligungen gäbe. Dies widerlegt die Abteilung für Landesplanung nämlich mit Zahlen. Bei den Investitionen in den Fonds de Route beispielsweise liege man in den vier Regionen quasi auf gleichem Niveau, bei den im Plan sectoriel logement festgehaltenen Quadratmetern Wohnfläche pro Kopf ebenfalls. Eine Diskrepanz gebe es allerdings bei den Investitionen in öffentliche Gebäude. Hier sei der Pro-Kopf-Betrag im Norden etwa dreimal so hoch als

im Süden, führt das Ministerium auf.

Nun gelte es, die Vorschläge der Bürger landesplanerisch zu filtern, sie an die zuständigen Minister und Expertengruppen weiterzuleiten und so deren Realisierung in die Wege zu leiten. Die Umsetzungsphase soll etwa ein Jahr in Anspruch nehmen, wobei die Bürger fortwährend informiert werden sollen.

Insgesamt ließ sich das Ministerium die Bürgerbeteiligungsphase, die sich mit den Vorbereitungen über zwei Jahre erstreckte, rund 300 000 Euro kosten. DL

■ www.notrefuturterritoire.lu